



Selb haben, er will verkaufen, und sieht nun zu seinem Miethers Hofe, welcher Erbschaft nun erachtet. Vorhitz, Vorhitz, nochmals Vorhitz, das ist ein bringender Rath gerade an die Leute, welche sich ein kleines Kapital gekauft. Heute wartet Manderhagen sich schuldig auf ein Zeigen seiner rapid gefallenen Bapire, um sie wieder veräußern zu können. Er wird noch lange, lange warten können.

**Zum neuen Einkommensteuergesetz.**

Halle, 9. November.

Der Minister des Innern und der Finanzen hat an die Regierungen der Provinzen wegen des neuen Einkommensteuergesetzes ein Rundschreiben bezüglich der Höhe der Gemeindeforderungen erlassen. Das Schreiben hat nach dem „Neichsanzeiger“ folgenden Wortlaut:

Die Ausübung des neuen Einkommensteuergesetzes wird im Vergleich mit dem Ertrage der Klassen- und progressiven Einkommensteuer für jedwede Gemeinde vornehmlich eine beträchtliche Verminderung des Steuerertrages mit sich bringen. Wo diese Ermäßigung auftritt und die Aufbringung des Gemeindebedarfs meistentheils durch Zuschläge auf die Staats-Verwaltungsteuer erfolgt, wird vom 1. April 1892 ab eine entsprechende Verabreichung dieser Zuschläge als natürliche Folge anzunehmen haben. Mit Rücksicht hierauf ist im § 5 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes bestimmt worden, daß die Kommunalbehörden zur Verabreichung der betreffenden Zuschläge auf Staats-Einkommensteuer für das Jahr 1892—93 keine Genehmigung der Aufsichtsbehörden bedürfen. Wenn es nun auch an einer gesetzlichen Grundlage fehlt, welche die Gemeinden zu einer entsprechenden Beitragleistung ausdrücklich verpflichtet, so ist doch zu erwarten, daß die bestehenden Steuerregulativ nicht als notwendig erachtet, so darf doch von der Einsicht der Kommunalbehörden erwartet werden, daß sie sich dieser Konsequenz nicht entziehen. Für diejenigen Einkommensteuerpflichtigen, deren Steuerhöhe infolge der härteren Erfassung des Einkommens, welche wegen der Ermäßigung des Steuerertrages in den höheren Stufen einer beträchtlichen Steigerung unterliegen werden, würde die Belastung mit Zuschlägen in der bisherigen Höhe oft zu einem unbilligen und empfindlichen Steuerdruck führen. Auch würde die Höhe der Beiträge auf den Bewohnern der Gemeinden beruhende Vertheilung der Kommunalsteuer, das bisherige Verhältnis zwischen der Belastung der Ertragsteuern und der Einkommensteuer in diesem Falle bei einem medianischen Ansatze an die inzwischen veränderten Staatseinkünfte in unrichtiger Weise verdrängt werden. Die Gemeinden, welche besagte Zuschläge zur Einkommensteuer in der bisherigen Höhe ohne besondere Gründe einfach beibehalten wollten, um über die erhöhten Erträge verfügen zu können, würden vielfach ihre eigenen Interessen gefährden, indem sie hierdurch gerade die Ueberrahme neuer vielfach entbehrlicher Ausgaben fördern und unrentable Geleise kaufen, steuerpflichtige Gemeindeglieder durch Wegzug zu verlieren oder ihnen höhere Beiträge zu verzeichnen. Auch der Staat hat ein bringendes Interesse daran, die Ausübung des Einkommensteuergesetzes nicht durch unbillige und übermäßige Zuschläge erschweren zu lassen, zumal dadurch eine zweckmäßige Vertheilung auch der Kommunalsteuer gefährdet werden würde. In allen vorerwähnten Beziehungen erachtet es demnach geboten, daß diejenigen Gemeinden, in welchen erhebliche Einkommensteuerveränderungen, wenn auch in der Form einer besonderen Gemeinde-Einkommensteuer, bestehen, vor der Feststellung der Höhe derselben für 1892/93 die Mitwirkung der in der Ausführung begriffenen Einkommensteuerreform beizubringen und von der Behörde zu autonomer Verabreichung der Höhe derselben insoweit Gehör zu erlangen, daß das Jahresaufkommen an Zuschlägen zu der neuen Staats-Einkommensteuer mit Einschluss der fiktiven Normalsteuer in Höhe des § 74 des Einkommensteuergesetzes den Ertrag der Zuschläge der Einkommensteuer gleichwertig zu veranschlagen übersteigt. Sofern zur Zeit der Mitwirkungsfrist über die Höhe der Gemeindeforderungen das Ergebnis der Einkommensteuer-Veranlagung nicht übersehen werden kann, wird es sich empfehlen, entweder wenigstens für das zweite und die folgenden Quartale, je nachdem das mittlere Veranlagungsergebnis ausreicht, die den vorerwähnten Zwecke entsprechende Verabreichung der Zuschläge vorläufig beziehungsweise vorzubehalten, oder gegen den Schluss des Jahres die erforderliche Zahl von Monatsraten der Zuschläge zu den Veranlagungsergebnissen auf Rechnung zu erhalten, soweit nicht nach der Lage der Gemeindeforderungen aus besonderen Gründen Ausnahmen gerechtfertigt sind, thunlichst begangen zu werden.

**Politische Abersicht. Deutsches Reich.**

\* Berlin, 8. November. (Sohnnachrichten.) Heute Vormittag begab sich das Kaiserpaar nach Potsdam, um daselbst dem Götterbesuche in der Friedenskirche beizuwohnen. Nach dem Gottesdienste kehrten die Majestäten sofort wieder nach dem Neuen Palais zurück. Am Abend um 11 Uhr haben die kaiserlichen Majestäten die hochwichtige Person als Gäste bei sich zur Mittagstafel im Neuen Palais. Der Kaiser gestand sich nach Begleitung zu bewegen und mit einigen geladenen Gästen am 13. und 14. d. M. daselbst größere Hofjagden abzuhalten.

Angst bedrückt. Sie war unruhig und aufgeregt, von bösen Ahnungen erfüllt. Man hat zweifeln solch unheimliche Gefühle. Wen sie erfassen, der sei auf seiner Hut. Das Unglück ist dann gewiss nicht fern.

Baron Ranau hat sein Versprechen gehalten. Er war längst abgereist und immer seit nicht mehr um sie. Das war eine große Verquickung für sie. Doch weshalb die tümmer Frau, diese unheimliche Angsthaftigkeit? Sie mußte es selbst nicht und doch — sie hatte sich noch nie so traurig, so niedergeschlagen gefühlt wie an diesem Morgen.

Sie machte einen Spaziergang durch den Garten und kehrte dann wieder in ihr Zimmer zurück, ungeduldig die Rückkunft ihres Gatten erwartend, den sie noch so Vieles fragen wollte.

Die ganze Angelegenheit war ihr noch immer nicht klar. Die sie noch gefahren bedrohende Armut war ihr fast lieber gewesen als der jetzige Reichtum.

Es war thöricht von ihr und doch — sie konnte den Gedanken nicht abschütteln.

Es schlug zwei Uhr: Jean war noch nicht zurückgekehrt. Daß trübsinnig, unfähig zu irgend welcher Arbeit sah die Gräfin am offenen Fenster ihres Zimmers, von wo aus sie eine herrliche Aussicht in den Park mit seinen malten Bäumen, seinen grünen Wiesen und blühenden Hollundersträucher hatte. Ihr Tochterchen Gabriele spielte auf dem Teppich zu ihren Füßen. So sah sie still und unbeweglich, nachdenklich vor sich hinstarrend, als plötzlich von draußen leise geklickte Worte an ihr Ohr drangen.

Es war einer der Gärtner, der am Rückenfenster mit der Schürze sprach.

„Es ist eine schlimme Geschichte, Franziska!“

„Und Ihr glaubt sie, Saturnin?“

„Oh, ich glaub's und glaub's auch nicht. Wahr ist es sicher, denn die Ribourts haben es hierhergemeldet. Die

(Ein Glanz des Kaisers an den Reichstag), in dem der Reichstag sich anerkennend über die Entwicklung des Post- und Telegraphenwesens, namentlich auch des Fernsprechwesens, und über die Aufbesserung der Verlobung der Landes- und mittleren Beamten dieser Verwaltung auspricht, wird vom „Amtsblatt des Reichspostamts“ veröffentlicht.

(Aus dem Reichstagsbüro) wird gemeldet, daß 6814 Petitionen mit 108100 Unterschriften für Rückberufung der Jesuiten und 15138 Petitionen mit 125000 Unterschriften gegen die Rückberufung derselben beim Reichstage eingegangen sind.

(Ein Antrag Braunschweigs) auf Erweiterung des § 184 des Strafgesetzbuches über das Fehllaffen unrichtiger Druckdriftten, Abbildungen etc., sowie die Herstellung jeder Art und Heilbarkeit unwürdiger Werke ist dem Bundesrathe zugegangen.

(In den Uebungen der Reserve und Landwehr) sollen in Zukunft mehr Mannschaften des Veranlaßtenlandes herangezogen werden als bisher. Die Wehr soll dahin gehen, auch die besonderen Uebungsfälle, den Offizierskandidaten, ehemaligen Civilingenieur-Offizieren, welche nicht Offizierskandidaten sind, Volksschülern etc. Durchschnittlich jeden Mann des Reserve- und Landwehrverpflichtungs je eine Uebung von 14 tägiger Dauer durchzuführen zu lassen. Es dürfte sich dieser Plan, der natürlich keine Geldbewilligungen im Militärdepartement voraussetzt, um so eher verwirklichen lassen, als bekanntlich durch ein gegenwärtig beim Reichstage zur Beratung vorliegendes Gesetz für die Familien der Bediensteten unter den zu den Uebungen eingezogenen Mannschaften Gehalt werden kann.

(Die Herausgabe des militärischen Nachlasses Molke's) durch den Generalstab wird vom „Militär-Wochenblatt“ angekündigt.

(Die Frage der Deduktion der Ansätze der Zoll-einnahmen, welche nach Abschluß der neuen Handelsverträge zu erwarten sind und welche für Getreide und Wein erheblich sein werden, wird von dem „Handl. Nachr.“ angeregt. Falls eine Erhöhung der Matrimonialumlage beschloßigt ist, sagt das Blatt, werden die Einzelheiten die Kosten der neuen Handelspolitik tragen, wogegen die Reichsfinanzpolitik stets getrennt habe, die Reichseinkünfte von den Einzelheiten unabhängig zu machen. Das sage man anders werden zu sollen.

(Der Antrag auf Aufhebung der die Einkommen und Ausgaben der Schatzkammer) bestimmt, daß die Aufnahme einer Anleihe, sowie die Ueberrahme einer Garantie zu einem Zweckgebietes im Wege der Gefügung zu erfolgen habe. Für die bei der Verwaltung eines Zweckgebietes entstehenden Verbindlichkeiten haften nur das Vermögen dieses Gebietes. Die Bestimmungen des Gesetzes finden keine Anwendung auf jene Zweckgebiete, deren Verwaltungskosten ausschließlich von einer Sozial-gesellschaft bestritten werden.

(Zur Wahl des Erzbischofs Stableski) schreiben die „Hamb. Nachrichten“: Das Schicksal, den Konflikt durch sich zu lösen an der Spitze der Kirche, die Einkommen und Ausgaben der Schatzkammer) bestimmt, daß die Aufnahme einer Anleihe, sowie die Ueberrahme einer Garantie zu einem Zweckgebietes im Wege der Gefügung zu erfolgen habe. Für die bei der Verwaltung eines Zweckgebietes entstehenden Verbindlichkeiten haften nur das Vermögen dieses Gebietes. Die Bestimmungen des Gesetzes finden keine Anwendung auf jene Zweckgebiete, deren Verwaltungskosten ausschließlich von einer Sozial-gesellschaft bestritten werden.

(Zur Wahl des Erzbischofs Stableski) schreiben die „Hamb. Nachrichten“: Das Schicksal, den Konflikt durch sich zu lösen an der Spitze der Kirche, die Einkommen und Ausgaben der Schatzkammer) bestimmt, daß die Aufnahme einer Anleihe, sowie die Ueberrahme einer Garantie zu einem Zweckgebietes im Wege der Gefügung zu erfolgen habe. Für die bei der Verwaltung eines Zweckgebietes entstehenden Verbindlichkeiten haften nur das Vermögen dieses Gebietes. Die Bestimmungen des Gesetzes finden keine Anwendung auf jene Zweckgebiete, deren Verwaltungskosten ausschließlich von einer Sozial-gesellschaft bestritten werden.

kontinuierliche Veranlagung ab. Nachab berichtete Namens der Eisenbahnkommission. Er betonte, daß nicht die Kommission, sondern andere Oppositionelle das neueste Flugblatt verfaßt hätten. Die Veranlagung nahm den Statutenentwurf der Eisenbahnkommission an. § 1 nennt als Zweckzweck die geistige und wirtschaftliche Vertheilung der Arbeiter, die Vertheilung sozialistischer Anforderungen, die Bekämpfung der gegnerischen Centralisation. Der Vorstand bilden Eugen Ernst und Heinrich von Hoffende, Kroll, Hermann (Kassierer), Kroll, Hermann (Schiffahrts), August Wierich als Kassierer. Der Vorstand wurde auf ein halbes Jahr gewählt, er ist für die nächste Wahlperiode nicht wieder wählbar. Die „Unabhängigen“ sollen bereits über ein Kapital von 16000 M. verfügen. — Als Hauptfeier der „Unabhängigen“ ist die Bildung eines „Hauptvereins“, der frühere Reichstagsabgeordnete für Eisenbahn-Werke, gegenwärtig in New-York in Aussicht genommen.

(Der Buchdruckerstreik im Deutschen Reich) wird mit dieser Woche seinen Anfang nehmen. Das Erbrechen der Setzungen ist wohl meist überall gescheit, nur in der Anfertigung der Druckplatten wird vielleicht eine Verzögerung eintreten. In vielen Städten haben die Setzer auch ganz und gar von einem Strike ab. In Dresden haben die 33 hervor-ragendsten Buchdrucker sich vollständig erklärt und die erhöhten Forderungen der Schlichter abgelehnt. In Bremen ist der einstimmige Strikebeschluß gegeben worden, sein Setzungsstreik hat gescheitert, jedoch die Blätter ihr eigenes Personal behalten. Etwa hundert andere Setzer kündigten. In München erfolgte der Zustand ohne Streikung. Sieben Drucker, darunter von Setzungen nur das „Tagblatt“ und das „Freundenblatt“, meist kleinere, geben nach.

Der große Sommer der Studienreise der Berliner Literaturkritik zur Feier des 70. Geburtstages der Professor von Sembold und Birchow verläuft in würdiger Weise. Sembold dankte mit einem Gode auf die akademische Jugend, in der er, soweit sie bei ihm wäre, stets ein urtheilsfähiges Richtercollegium vor sich sehe, wie es andererseits den Vorbereitungen von den Kollegen einige seiner besten Erfindungen verdankt. Birchow schloß seinen Dank für die ihm gebrauchte Aufnahme mit dem Wunsch, daß die akademische Jugend der zugehörigen Vertheilung würdig bleibe. „Deutschland muß an der Spitze der Bewegung stehen, die seine Unzulänglichkeiten und es um ihrer Bewegung die Freiheit bleiben, die Lehrende und Lernende bedürfen.“

\* Magdeburg, 8. November. Der Reichstags-Deputirter hier selbst ist wegen Ausrucks von „Dantons Tod“ von München in der sozialdemokratischen „Volkstimme“ zu vier Monaten Gefängnis verurtheilt worden.

\* Karlsruhe, 8. November. Der Großherzog empfing gestern den württembergischen General v. Bismarck nebst dessen Begleitern der Besuche des Kronprinzlichen in Württemberg.

\* Straßburg, 8. November. Im Kreise Altkirch wurde der Bürgermeister Sauer aus Commerzbord, der in einem Wahlaufrufe die unwillkürliche Zugehörigkeit Elsaß-Lothringens zu Deutschland betont hatte, in den Bundesauschuß wiedergewählt.

\* München, 8. November. Die Prinzessin Adalbert proklamierte gestern beim Diner die Verlobung der Prinzessin Gelira mit dem Reichsgrafen Adolf Bröna-Freudenthal. — Der Herzog Max Emanuel führte gestern auf der Hofbahn mit dem Herbe und zog sich einen Schienbeinbruch zu. Der Kriegsminister hat prinzipiell das Ansuchen einer auch amtliche Vertreter anfertigernden Bundesdirekt um Ueberrückung von Soldaten als Sieger während des Strikes abgelehnt.

**Oesterreich-Ungarn.**

\* Wien, 8. November. Bei den Feste, das der päpstliche Nuntius Guldembert zu Ehren des Prinzen Bazary veranstaltete und dem auch die Minister Staloch und Szeghany beizuwohnten, sagte der Primas: Der Postreue wolle allseitig unterthänig sein dem Kaiser, treu dem König und gehorham sein der Regierung. Die Rede machte allseitig einen tiefen, nachhaltigen Eindruck.

— In der Schlichtung der großen Jury der Prager Landes-Ausstellung fand eine himmelische Debatte statt, in welcher schließlich mit 21 gegen 20 Stimmen beschloßen wurde, daß die Inschriften auf den vertheilten Medaillen nur in tschechischer Sprache abzuschaffen seien.

\* Lemberg, 8. November. Nach einer Wittermeldung ist die Umwandlung des Pragerer Reichthums in ein Erzbiethum beschloßen worden. Wegen der Einverleibung der Tschener Tschische die bisher zum Breslauer Reichthum gehört, in die Pragerer Erzbiethung sind Verhandlungen eingeleitet.

nieder, doch sie raffte sich gewaltsam auf, beugte sich aus dem Fenster und rief:

„Saturnin!“

„Madame?“

„Ist der junge Ribour noch da?“

„Ja wohl.“

„Schick ihn mir her.“

Der Gärtner ging, indem er vor sich hinstarrte: „Sie hat gewiß Recht gehört.“

Gleich darauf trat der Wächtersohn von Orgères in das Zimmer der jungen Frau.

„Wie heißt Ihr?“ fragte sie ihn.

„Cyprion Ribour, Madame.“

„Wieviel Jahre sind Ihr?“

„Drei, Madame.“

„Wohnen sie alle in Orgères?“

„Nein. Einer ist in Paris bei einem Richter in Dienst. Der Vetterle steht beim Militär; ich allein bin zu Hause.“

„Dar man Euch nicht gestern Abend mit einem Auftrag zu meinem Mann geschickt?“ fragte sie mit halberfittiger Stimme.

„Nein, Frau Gräfin.“

„Ihr kauft nicht — hierher — in's Schloß?“

„Nein, gewiss nicht.“

Die Gräfin fragte Cyprion Ribour: „Und was habt Ihr heute hier zu thun?“

„Ein Unglück zu melden, Frau Gräfin.“

„Was?“

„Fräulein von Mareilles ist heute Nacht ermordet worden.“

(Fortsetzung folgt.)

**Wetterbericht des „General-Anzeiger“.**

Vorwärtliches Wetter am 10. November.

Bei Weithin, veränderliches, etwas kühleres Wetter, spärlich mit Neigung zu Niederschlägen.

„Wie entsetzlich!“

„Ja, ja! Ich glaub's natürlich nicht, aber das Gericht wird wohl die Nase hineinsetzen.“

Wie vom Blitz getroffen, sank die Gräfin in den Sessel

\* M...  
interp...  
Eintra...  
genomme...  
Stee, wo...  
um die...  
lung wo...  
Die näch...  
nauer bei...  
durchaus...  
wollten...  
eine jo...  
Dreipfün...  
wunders...  
Wander...  
Freunde...  
der Kon...  
befähigt...  
beret...  
vertreten...  
arten wo...  
ein unang...  
\* M...  
sich...  
aufgelegt...  
wogegen...  
Blöße...  
Berath...  
\* M...  
Militär...  
der Sol...  
Freipre...  
\* M...  
demol...  
statt, w...  
der G...  
andere...  
Gemein...  
Partei...  
aus polit...  
\* M...  
Ferdin...  
Hannam...  
von C...  
Thaf...  
richt...  
Schw...  
und er...  
suchten...  
Händ...  
\* M...  
Parnell...  
gewähl...  
Union...  
\* M...  
dänis...  
Berli...  
\* M...  
Dane...  
und a...  
\* M...  
Breuch...  
Nicht...  
traffen...  
blatt u...  
\* M...  
Solene...  
nicht...  
\* M...  
Politik...  
schlechte...  
samt...  
Milit...  
Empfa...  
führ...  
ebenfall...  
\* M...  
Wärm...  
eingef...  
Trans...  
\* M...  
Wie...  
auffent...  
no...  
Gow...  
de Sa...  
militä...  
fassung...  
licht...  
sein...  
Woh...  
\* M...  
Der W...  
\* M...  
d...  
wurde...  
mann...  
Jah...  
\* M...  
Affens...

